Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 2

Artikel: Westeuropas Zukunft : sechs Modelle für die siebziger Jahre
Autor: Bertram, Christoph
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162257

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Westeuropas Zukunft

Sechs Modelle für die siebziger Jahre

CHRISTOPH BERTRAM

Am Ende des alten Jahrzehnts und an der Schwelle des neuen scheint Europa weiter an den Rand des Geschehens gedrängt als je zuvor. Vor wenig mehr als zehn Jahren schien es noch ein dynamischer Faktor in einer im übrigen sich nur langsam verändernden Welt; der Antrieb zur Einigung wenigstens der westlichen Hälfte des Kontinents gab guten Grund zu der Hoffnung, Europa könnte selbständig zu einer Neuordnung der eingefahrenen Struktur internationaler Beziehungen beitragen, ein Beispiel für andere setzen. Heute scheint das Verhältnis umgekehrt.

Immer mehr Anzeichen deuten darauf hin, dass die für die aussereuropäische Entwicklung noch vor 10 Jahren gültigen Vorstellungen bald nicht mehr zutreffen werden. Aber es ist eine Entwicklung, die Europa weitgehend links liegen lässt. Die Schüsse am Ussuri, der offen ausgetragene Zusammenstoss zwischen China und der Sowjetunion, betreffen vor allem die asiatische Rolle Russlands, den alten Kontinent allenfalls unter «ferner liefen». Die wachsende Bereitschaft beider Weltmächte, den Konfliktstoff zwischen ihnen nicht nur unter Kontrolle zu halten, sondern durch gegenseitige Absprachen zu entschärfen, wird trotz aller Konsultationsgesten des neuen amerikanischen Präsidenten gegenüber den europäischen Verbündeten von den Staaten Westeuropas nicht wesentlich beeinflusst werden; sie gehören zu offensichtlich nicht der Kategorie der Weltmächte an. Und noch deutlicher zeigt die amerikanische Haltung gegenüber Europa, wie anders die Rolle der Europäer heute als noch vor zehn Jahren beurteilt wird. Für Präsident Kennedy war das dynamische Westeuropa wertvoll genug, ihm die Partnerschaft Amerikas anzutragen. Für Präsident Nixon ist es zwar noch der «blue chip» im Kalkül amerikanischer Aussenpolitik; aber immer deutlicher zeichnet sich als Ziel amerikanischer Europapolitik ab, die Interessen Amerikas zu halten, nicht aber etwa bei der Einigung Europas aktiv mitzuwirken.

Wettbewerb der Modelle

Das ist nicht nur, aber sicherlich *auch* auf die Stagnation in Westeuropa zurückzuführen. Der frühere politische Elan ist aus der praktischen Politik verschwunden und nur in Festreden noch zu spüren. Dabei sind es überraschenderweise nicht die Gegensätze im kleinen, die den Stillstand verursacht haben, nicht eigentlich die Meinungsverschiedenheiten über gemeinsame Agrarpolitik, Zolltarife oder Rechtsangleichung. Der zentrale Gegensatz ist, wie gerade erst die «Soames-Affaire», die deutsch-französischen Beratungen im vergangenen März oder die juristischen Scharmützel um die Westeuropäische Union erneut gezeigt haben, ein Gegensatz der Konzeptionen für das künftige Europa. Im Hintergrund stehen sich das Europa in Partnerschaft mit Amerika, das lose Konzert des Europa der Vaterländer und das unabhängige Europa der «Dritten Kraft» als statische Bezugsgrössen gegenüber. Es handelt sich also um eine Auseinandersetzung der Modelle.

Sie alle sind nicht neu. Ihre Ursprünge gehen auf die ersten Nachkriegsjahre, wenn nicht noch weiter zurück. Aber gerade in einer Zeit europäischer Unbeweglichkeit müssen sie sich die Frage gefallen lassen, wie weit sie überhaupt noch Lösungen für das Europa von morgen anbieten können, wie weit sie in dem veränderten internationalen Kräfteverhältnis und vor einer neuen politischen Führungsgeneration bestehen können. Dabei kann die Frage sich nicht nur an die drei genannten «attraktiven», weitgehend von Politikern entworfenen Modelle richten, sondern muss auch weniger verlockende einbeziehen, die zu den Möglichkeiten der nächsten zehn Jahre zählen: das «atlantisierte», fest unter amerikanischer Vorherrschaft verankerte Europa, das desintegrierte Europa, in dem die bisherige multilaterale Struktur weitgehend aufgegeben ist, und das dem Status quo verhaftete evolutionäre Europa. Aus diesem Panorama der Möglichkeiten, die nach ihrer Durchführbarkeit und ihren Auswirkungen auf das Verhältnis zu Amerika, der Sowjetunion und Osteuropa geprüft werden sollen, kann deutlicher werden, auf welche Zukunft sich Westeuropa in den siebziger Jahren einstellen muss.

Das Partnerschaftseuropa

Das erste Modell ist weitgehend noch immer das langfristige Konzept der Europabewegung wenn nicht mancher Regierung und die Hoffnung vieler anderer: ein bundesstaatlich vereintes Westeuropa, das den Vereinigten Staaten in Partnerschaft verbunden ist.

Die westeuropäische Zusammenarbeit in den bestehenden Gemeinschaften wird verstärkt, England und die skandinavischen Länder als neue Mit-

glieder aufgenommen und parallel zur Erarbeitung einer gemeinsamen europäischen Politik und der allmählichen Übertragung politischer Entscheidungsgewalt auf eine europäische Kommission die Grundlage für eine bundesstaatliche europäische Verfassung gelegt. In der Atlantischen Allianz koordinieren Westeuropäer und Amerikaner ihre politischen Ziele und Massnahmen. Die amerikanische Führungsrolle auf strategischem Gebiet wird voll anerkannt; Westeuropa stellt keine eigene Nuklearmacht auf, beteiligt sich jedoch finanziell an der amerikanischen und erlangt ein grösseres Mitspracherecht in nuklearen Fragen.

Trotz seiner durch den Zusammenschluss noch erhöhten wirtschaftlichen und politischen Macht kann Westeuropa nie völlig mit den Vereinigten Staaten gleichziehen, und diese grundlegende Ungleichheit der beiden Partner wird ihr Verhältnis belasten. Das gilt vielleicht weniger während der ersten Jahre, in denen die politische Energie der Westeuropäer weitgehend vom Prozess des Zusammenschlusses in Europa in Anspruch genommen ist – während dieses Zeitraums scheint das Partnerschaftseuropa die für sie beste Lösung. Aber je selbstsicherer und stärker Europa sich fühlt, desto häufiger werden Meinungsverschiedenheiten im atlantischen Verhältnis aufkommen, etwa in der Frage einer eigenen europäischen Nuklearmacht oder der Beziehungen zu Osteuropa und der Sowjetunion. Das erfordert von seiten des stärkeren Partners mehr Takt, Verständnis und Zugeständnisse, als Amerika möglicherweise aufbringen kann. Und bis eine harmonische Partnerschaft sich einspielen kann, haben die Interessen Europas und der Vereinigten Staaten innen- wie aussenpolitisch sich möglicherweise so weit voneinander entfernt, dass jede amerikanische Regierung die mit der Partnerschaft verbundene Einschränkung ihres politischen Spielraums scheuen wird, so beispielsweise in den amerikanischen Beziehungen zur Sowjetunion oder zur Dritten Welt.

Vielleicht hätte das Partnerschaftseuropa eine gewisse Anziehungskraft für Osteuropa, weil es die Amerikaner auf dem Kontinent hält und zudem die Besorgnis mindert, die Bundesrepublik könnte zur politischen Führungsmacht in Westeuropa werden. Aber zugleich würden die Länder Osteuropas sich von der Entwicklung im Westen ausgeschlossen sehen. Ihnen bliebe kaum eine andere Möglichkeit, als sich der sowjetischen Kontrolle zu fügen, die als Reaktion auf das Partnerschaftseuropa weiter verstärkt werden dürfte. Die Sowjetunion würde wohl versuchen, den Zusammenschluss in Westeuropa aufzuhalten, und das europäisch-amerikanische Verhältnis zu stören. Aber zu so bedeutenden Konzessionen in Europa, dass die Westeuropäer von ihrem Vorhaben abliessen, dürfte sie kaum bereit sein.

Je länger die europäische Einigung auf sich warten lässt und je unaufholbarer der Vorsprung der Vereinigten Staaten auf wirtschaftlichem, technologischem und militärischem Gebiet erscheint, desto stärker könnten die

Zweifel in Europa werden, ob die Anstrengungen der Partnerschaft sich überhaupt lohnen. Zwei andere Alternativen wären denkbar: die resignierte Unterordnung unter amerikanische Führung oder ein von Amerika unabhängiges Europa.

Das atlantisierte Europa

Die Westeuropäer haben die Hoffnung auf ein selbständiges geeintes Europa aufgegeben. Spannungen zwischen den beiden Weltmächten oder gar eine Krise machen ihnen bewusst, wie sehr ihre Sicherheit von den Vereinigten Staaten abhängt, und die technologische Invasion Europas durch amerikanische Firmen und Lizenzen lässt sie statt den Wettbewerb die enge Anlehnung an Amerika suchen. Europäische Gemeinschaften und atlantische Allianz bestehen fort, ändern aber ihren Charakter, um der Unterordnung Westeuropas unter die Führungsrolle der Vereinigten Staaten Rechnung zu tragen.

Die Anpassung an die politischen Vorstellungen Amerikas wird den Westeuropäern nicht allzu schwer fallen. An die amerikanische Führungsrolle im Verteidigungsbereich haben sie sich ohnehin gewöhnt, und je schneller die Vereinigten Staaten sich ihrer Rolle als Weltpolizist entledigen, je dringender für die Westeuropäer die Bewältigung innenpolitischer Probleme wird, desto eher werden sie bereit sein, die Verantwortung für die Aussenpolitik Amerika zu überlassen. Doch wird die daraus folgende Koordinierung und amerikanische Einflussnahme auf die politische Entwicklung in Europa zu erheblichen Spannungen führen. In Europa wird die ohnehin notwendige Reform gesellschaftlicher und industrieller Strukturen als «Amerikanisierung» verdächtigt werden und dem latenten Anti-Amerikanismus weiteren Auftrieb geben. Trotz materieller Vorteile wird die europäische Kolonie dem neuen «Mutterland» nicht dankbar sein. Und umgekehrt werden auch die Vereinigten Staaten trotz der Vorteile zentraler Führung und Entscheidung im Westen wenig glücklich über das atlantisierte Europa sein. Europa als resignierten und störrischen Klientenkontinent haben sie sich nie gewünscht, und die traditionelle Abneigung vieler Amerikaner gegen ein «imperiales Amerika» könnte dem Isolationismus neuen Auftrieb geben. Zumindest aber würde die Neigung verstärkt werden, mit der Sowjetunion eine Regelung über Europa zu erreichen.

Das würde auch in Moskau nicht ungern gesehen. Das atlantisierte Europa müsste als Niederlage der sowjetischen Nachkriegspolitik erscheinen, wenn es auch mit dem politischen Spielraum Westeuropas zugleich den Osteuropas beseitigt und die Teilung Europas zementiert. Und die Sowjetunion wäre bestrebt, den Fehlschlag wieder wettzumachen.

Entgegen dem ersten Anschein ist das atlantisierte Europa daher auf die Dauer kaum lebensfähig. Es kann allzuleicht zu einer Regelung zwischen den beiden Weltmächten über Europa führen, bei der der Betroffene nicht angehört wird.

Europa als dritte Kraft

Das dritte Modell bildet das genaue Gegenteil des unter amerikanischer Vorherrschaft resignierten Europa: Westeuropa will als unabhängige Macht an der Weltpolitik mitwirken und als dritte Kraft zwischen den beiden Supermächten das Gleichgewicht halten. Die Staaten Westeuropas verlassen das atlantische Bündnis, entwickeln eine eigene gemeinsame Aussen- und Verteidigungspolitik und schliessen sich zu einem Bundesstaat zusammen, in dem die Europäischen Gemeinschaften aufgehen. Auf der Grundlage der englischen und französischen Atomstreitmacht baut Westeuropa ein eigenes nukleares Potential auf und entscheidet sich für eine «stratégie tous azimuts» und für die bewaffnete Neutralität.

Der Ehrgeiz dieses Europas setzt einen inneren Zusammenhalt, fast einen europäischen Nationalismus und eine völlige Interessenidentifizierung der Mitgliedstaaten voraus, die weit über das im Partnerschaftseuropa notwendige Mass hinausgehen. Die einsame Entscheidung über den Einsatz nuklearer Waffen etwa ist nur in einem hinreichend zentralisierten Staatswesen möglich, und die Unabhängigkeit Westeuropas muss auf Kosten des Pluralismus gehen. Um zur Abschreckung auch gegenüber den Supermächten auszureichen, würde die blosse Fusion der französischen und englischen Nuklearstreitmächte nicht genügen; zusätzliche technologische Anstrengungen und erhebliche finanzielle Opfer wären der Preis der strategischen Unabhängigkeit, der zudem nicht von Europa bestimmt wird, sondern von der raschen militärtechnologischen Entwicklung in der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Theoretisch mag Westeuropa bereit und fähig sein, diesen Preis zu zahlen. Aber praktisch würden die hohen militärischen Ausgaben in verschiedenen Mitgliedstaaten Unmut gegenüber der Bundespolitik wachrufen und den Zusammenhalt in Frage stellen. Die selbständige europäische Nuklearmacht könnte so den Anspruch Europas auf Unabhängigkeit eher untergraben als fördern.

Dieses Europa wäre zudem in Ost und West unerwünscht. Die Vereinigten Staaten würden es mit einer Mischung von Achtung und Verstimmung betrachten, aber der Anteil der Verstimmung würde wachsen, je mehr Europa in der Opposition zur Politik Amerikas den Ausdruck seiner Unabhängigkeit sieht. Für die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten wäre es ein unheimliches, unberechenbares Europa unter der heimlichen

Vorherrschaft einer dem Status quo feindlichen Bundesrepublik. Die Bindung Osteuropas an die Sowjetunion würde weiter gefestigt, und beide Supermächte wären bemüht, notfalls gemeinsam den neuen Rivalen in seine Schranken zu weisen.

Europa der Vaterländer

Gerade die nachteiligen Folgen für Osteuropa könnten bei dem im Westen wachsenden Wunsch, die europäische Teilung zu überwinden, den Ausschlag gegen ein unabhängiges, nuklear gerüstetes bundesstaatliches Europa geben. Die Regierungen könnten einem lockereren Zusammenschluss den Vorzug geben: dem Europa der Vaterländer.

Dieses vierte Modell beruht auf der Überlegung, dass Westeuropa seine Zusammenarbeit so gestalten muss, dass die spätere Verbindung zu Osteuropa nicht erschwert wird. Nicht auf eine feste politische Organisation kommt es an, sondern auf eine Abstimmung der politischen Ziele und Vorstellungen zwischen den westeuropäischen Staaten. Die Europäischen Gemeinschaften verlieren ihren supranationalen Charakter. Entscheidungen werden nur einstimmig getroffen. Die Atlantische Allianz bleibt bestehen, aber die militärische Integration in der NATO wird eingestellt; Verteidigung wird wieder, auch für die Bundesrepublik, zur rein nationalen Aufgabe.

Die Vaterländer in Westeuropa würden in den grossen politischen Fragen mühelos übereinstimmen können: in ihrem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, nachdem anhaltende Entspannung in Europa die Sicherheitserwägungen in den Hintergrund gedrängt hat; in ihrer Einschätzung der Sowjetunion; in ihrem Wunsch nach Kontakten zu Osteuropa und auch in ihrer Abneigung gegen supranationale Organisationen. Aber unterhalb der allgemeinen Übereinstimmung werden die Gegensätze im kleinen immer deutlicher zutage treten. Nationalismus im Innern und Rivalitäten untereinander würden bald auch diese allgemeine Basis in Frage stellen. Starke Strukturen fehlen, die den Kompromiss und das gemeinsame Handeln erleichtern könnten, und keiner der Mitgliedstaaten verfügt allein oder mit einem anderen zusammen über die wirtschaftliche Macht oder das moralische Prestige, um das lose Konzept westeuropäischer Mächte nach innen und aussen überzeugend zusammenzuhalten.

Allenfalls könnte das gemeinsame Interesse, die Beziehungen zu Osteuropa zu verbessern und die europäische Spaltung allmählich zu überwinden, die Staaten Westeuropas in einer Zweckkoalition verbinden. Aber hier könnten sich nicht nur sehr bald Unterschiede zeigen, etwa zwischen den Auffassungen der Bundesrepublik und der ihrer Nachbarn – auch der Erfolg in

Osteuropa wäre zweifelhaft. Ohne die sowjetische Vormachtstellung würden die meisten osteuropäischen Staaten das Europa der Vaterländer trotz ihrer Bedenken gegenüber einer aus der westlichen Integration entlassenen Bundesrepublik im Prinzip begrüssen. Aber nach den ernüchternden Erfahrungen in Ungarn und in der Tschechoslowakei wäre kein Ostblockland bereit, sowjetisches Missfallen durch zu intensive Westkontakte zu erregen. Die Sowjetunion würde die Herausforderung des Europas der Vaterländer für ihre Machtposition in Osteuropa eher über- als unterschätzen und ihr durch verstärkte Kontrolle zu begegnen suchen.

Die Vereinigten Staaten sähen sich zu einer Änderung ihrer Europapolitik gezwungen. Sie würden vielleicht versuchen, durch bilaterale Vereinbarungen mit England oder der Bundesrepublik die Stellung in Europa so weit wie möglich zu halten. Auf längere Sicht würde Amerika jedoch trotz seiner geschwächten Verhandlungsposition eine Übereinkunft mit der Sowjetunion aussichtsreicher erscheinen können. Selbst wenn daher die Grundvoraussetzung des Europas der Vaterländer, der Fortbestand der Entspannung in Europa, nicht durch Krisen oder Konflikte in Frage gestellt würde, würde kaum grössere Unabhängigkeit für Europa erreicht.

Das desintegrierte Europa

Im Gegenteil, die Enttäuschung der Westeuropäer über ihre Machtlosigkeit könnte den Zusammenhalt völlig in Frage stellen. Die Staaten Westeuropas haben den Glauben an europäische Einheit oder auch nur Solidarität verloren. Jeder folgt allein seinen nationalen Interessen; ein Gemeinschaftsinteresse besteht nicht mehr. Westeuropa spaltet sich in zwei Hauptgruppen: die eine, darunter England, Holland und die Bundesrepublik, wählt die «Atlantisierung» und hält an einem engen Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und an einem multilateralen Sicherheitssystem unter amerikanischer Beteiligung fest; in dieser Mini-NATO stellt die Bundesrepublik mehr als die Hälfte der Truppen. Die andere Gruppe entscheidet sich für politische Neutralität und nationale Unabhängigkeit auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet. Bei einigen Ländern dieser Gruppe verstärkt sich die Neigung zur Entwicklung einer nationalen Nuklearmacht.

Die seit dem Zweiten Weltkrieg gewachsene Gewohnheit zur Zusammenarbeit in Westeuropa kann diese Entwicklung nicht aufhalten. Im Gegenteil: das Gefälle zwischen Staaten, die von der engen Verbindung zu Amerika wirtschaftlich und militärisch profitieren, und den allein um ihre nationale Selbständigkeit besorgten Ländern trägt zu den Spannungen bei, die der wieder erstarkte Nationalismus hervorruft. Nach innen wie nach aussen erscheint die politische Entwicklung in Westeuropa labil und unvorhersehbar.

Das bestimmt das Verhalten beider Weltmächte, aber auch der Staaten Osteuropas. Ihnen wird kein anderer Weg offenbleiben, als sich fest an die Sowjetunion zu halten, zumal ja auch die Vereinigten Staaten wenig geneigt sein würden, sich wie bisher wirtschaftlich und politisch in diesem Europa zu engagieren und zur Krisenbewältigung beizutragen. Und auch der Sowjetunion wäre ein in Auflösung begriffenes Westeuropa wahrscheinlich nicht geheuer: Wie lassen sich Krisen unter Kontrolle halten, wenn der gewohnte Rahmen der Krisenbeherrschung fehlt? Wie lässt sich ein nationalistisches Deutschland zügeln, das an militärischem Gewicht in der verkümmerten westlichen Verteidigungsorganisation noch weiter zugenommen hat? Wie ein Übergreifen des Nationalismus auf die ohnehin dafür anfälligen Länder Osteuropas vermeiden? Nicht nur in der Sowjetunion, auch in anderen Ländern Westeuropas und in den Vereinigten Staaten würde ein europäisches Sicherheitssystem, das weitgehend sowjetischen Bedingungen entgegenkommt, leicht als das geringere Übel im Vergleich zur Labilität des desintegrierten Europas erscheinen.

Das evolutionäre Europa

Wenn die anderen Konzeptionen für das künftige Europa so viele Nachteile aufweisen und ihr Erfolg zumindest zweifelhaft ist, so scheint das Festhalten am Status quo noch immer die sicherste Politik. Warum sollte Westeuropa nicht die siebziger Jahre ebenso durchstehen können wie die sechziger? Die politische Union, zwar weiterhin das offizielle Ziel europäischer Politik, bleibt im Gegensatz der verschiedenen politischen Konzepte befangen, und die westeuropäischen Staaten konzentrieren sich vorerst auf ihre wichtigen kurzfristigen Probleme. Dabei versuchen sie alles zu vermeiden, was die künftige politische Ordnung in Europa präjudizieren könnte: die Frage supranationaler Organisationen wird ausgeklammert, eine zu enge Bindung an die Vereinigten Staaten abgelehnt. Die Europäischen Gemeinschaften bleiben bestehen, aber das Prinzip der Einstimmigkeit gilt auch nach der Übergangszeit. Die Regierungen unternehmen nur zaghafte Ansätze für eine gemeinsame Industrie-, Technologie- und Währungspolitik. Im Verteidigungsbereich gelangen Bemühungen um einen stärkeren europäischen Zusammenschluss in der NATO über zwischenstaatliche Rüstungsprojekte nicht hinaus; die amerikanischen Truppen in Europa werden allmählich verringert. Jedes Land wendet sich zunehmend der Innenpolitik zu und vertraut nationalen Lösungen. Die halbherzige Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem wie militärischem Gebiet wird den Zusammenhalt der Staaten nicht wahren, sondern schwächen.

Aussenpolitisch würde das evolutionäre Europa vor allem die Vereinigten Staaten in der Änderung ihrer Politik bestätigen; für sie ist dieses passive Europa eine Enttäuschung und rechtfertigt verstärkte Bemühungen um eine Absprache mit der Sowjetunion, die zu einer Regelung auch in Europa führen könnte. Der Sowjetunion verspricht dieses Europa die Zunahme ihres Einflusses ohne jede Gegenleistung, und westeuropäische Initiativen, vor allem auch seitens der Bundesrepublik, bessere Beziehungen zu Osteuropa anzuknüpfen, können leicht abgewehrt werden. Das evolutionäre Europa nützt keinem seiner Mitglieder und verbaut die Aussicht auf einen späteren politischen Zusammenschluss weiter.

Alternative für Europa?

Wenn keines der hier nur kurz skizzierten sechs Modelle besonders ermutigend erscheint, liegt das sicherlich auch an den ihnen beigegebenen Elementen. Modelle sind künstliche Konstruktionen, sie sind nicht Voraussagen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Europa der siebziger Jahre keinem davon ganz gleichen, sondern eher einer Mischung verschiedener Modelle. Aber wenn es lediglich um Wahrscheinlichkeit ginge, könnte man weitgehend die Ereignisse ihren Lauf nehmen lassen. Nur wenn man sie beeinflussen will, taucht die Frage nach den Engpässen, den Wegegablungen, den Auswirkungen alternativer politischer Entscheidungen auf. Dafür bieten Modelle Entscheidungshilfen. Einem Westeuropa, das die grossen Lösungen der Zukunft zuschiebt und doch so den Problemen der Gegenwart verhaftet ist, dass die Verbindung zwischen beiden häufig aus den Augen verloren wird, könnten ein bisschen Entscheidungshilfe und das Überdenken politischer Alternativen nicht schaden. Sie könnten ihm helfen, seine Grenzen, aber auch seine Möglichkeiten klarer zu erkennen und seine Prioritäten entsprechend zu bestimmen.

Dieser Aufsatz beruht auf einer Studie des Institute for Strategic Studies, London, an der der Verfasser mitgewirkt hat. Sie ist erschienen unter dem Titel «Europe's Futures — Europe's Choices» (hg. von Alastair Buchan, Verlag Chatto and Windus, London) und wird demnächst in deutscher Übersetzung in der Reihe «Aktuelle Aussenpolitik» (Leske-Verlag, Opladen) veröffentlicht.